

**Geht Ihre AG**

in die Kirche? Nein? Warum muss sie dann in ZH Kirchensteuern zahlen? Dieser alte Zopf belastet die Zürcher Wirtschaft mit über 100 Mio CHF jährlich und gehört abgeschafft! Unterschriften Sie! [www.kirchensteuer-zh.ch](http://www.kirchensteuer-zh.ch)

**BÜRGER-AKTION**

Bürgeraktion, 8700 Küsnacht PC 87-16415-6  
Dr. Michael E. Dreher, Ex-Nationalrat

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

ÖKONOMIE UND GESCHICHTE EINER MISERE

## Die Krise der BVK

Die Sanierung der Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich ist vom Kantonsrat beschlossene Sache, auch mit der Einmaleinlage von zwei Milliarden Franken aus der Staatskasse.



MATTHIAS HAUSER  
KANTONS RAT SVP  
HÜNTWANGEN

Die Krise der Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich (BVK) hat drei zusammenhängende Ursachen. Es sind dies der tiefe Deckungsgrad, der hohe Rentenanteil und die Misswirtschaft. Der zu tiefe Deckungsgrad ist mit Abstand am besorgniserregendsten.

**Deckungsgrad real bei 60 Prozent**

Ende 2011: Um die Renten, zu denen die BVK bis zu diesem Zeitpunkt verpflichtet ist, einst bezahlen zu können, benötigt sie ein Vermögen von 25,01 Milliarden Franken. Sie verfügt aber nur über 20,9 Milliarden (83,4% Deckungsgrad). Somit fehlen 4,1 Milliarden.

Dieser Mittelbedarf gilt unter der Annahme, dass mit dem Vermögen eine durchschnittliche Rendite von 4 Prozent erzielt wird. Die Realität sieht anders aus: Die erzielten Renditen schwankten stark, waren oft negativ (z.B. -15,56% im Jahr 2008, dafür +11,17% im Jahr 2009). Als eine Rendite, welche sicher zu erzielen sein sollte, darf der Zinssatz der 10-jährigen Bundesanleihe angenommen werden, zurzeit etwa +0,8 Prozent. Mit diesem Ertrag gerechnet, der immer noch deutlich höher ist als der im Jahr 2011 tatsächlich erzielte Wert (-0,70%), fehlen der BVK über 10 Milliarden damit heute bereits bestehende Verpflichtungen bezahlt werden können. Der tatsächliche Deckungsgrad beträgt somit nur etwa 60 Prozent.

Das Problem mit dem Deckungsgrad wäre kleiner, wenn man die Höhe der Renten senken könnte. Damit würden die Verpflichtungen der BVK verringert, so dass zu deren Finanzierung die Rendite nicht unerreichbare 4 Prozent betragen muss. Dieses Vorgehen ist Teil der Sanierungsvorlage: Die Senkung des Zinssatzes auf (immer noch hohe) 3,25 Prozent.

**46 Prozent des Vermögens gehört heutigen Rentnern**

Doch dabei gibt es einen Haken: Renten müssen laut Bundesgesetz mindestens der ersten bezogenen Rente bei Eintritt ins Pensionsalter entsprechen. Deshalb können Renten von Rentnern praktisch nicht gesenkt werden. Und der Rentenanteil der BVK ist hoch: 46 Prozent der benötigten 25,01 Milliarden (also rund 11 Milliarden) gehören den Pensionierten. Auf diesem Vermögen muss 4 Prozent Ertrag erzielt werden, um die Verpflichtungen zu decken. Fällt der Ertrag tiefer aus, werden Rentenzahlungen von denjenigen, die noch arbeiten, quersubventioniert, womit sich gleichzeitig die Deckung deren eigener Vorsorge verschlechtert.

Das ist keine attraktive Aussicht. Deshalb überlegen sich einige der 530 Arbeitgeber, welche der BVK angeschlossen sind (Gemeinden, Spitäler, u. a.), die Pensionskasse zu wechseln. Andere Kassen offerieren lukrativ, und Rentner dürfen in der BVK zurückgelassen werden: Ihr Anteil wird noch höher und treibt weitere Arbeitgeber zum Wechsel. Eine Todesspirale für die BVK.

**Griff in die Kasse**

Auch wegen Misswirtschaft fehlt heute dringend benötigtes BVK-Vermögen.

Ende der 90er-Jahre betrug der Deckungsgrad der BVK weit über 100 Prozent (118,2% im Jahr 2000). Es gab mehr Geld, als für die Deckung der Renten notwendig war. Das verleitet zum Griff in die Kasse:

- 986 Mio. Teuerungszulage auf laufenden Renten von 1995 bis 2000
- 188 Mio. Erhöhung der Renten im Jahr 2000
- 405 Mio. Senkung der Arbeitgeberbeiträge von 1998 bis 2000
- 270 Mio. Senkung der Arbeitnehmerbeiträge von 1998 bis 2000
- 405 Mio. Erhöhung der Sparguthaben und zusätzliche Verzinsung im Jahr 2000

Die Teuerungszulagen auf den Renten wurden früher aus der laufenden

Rechnung des Kantons bezahlt. Erst 1995 machte eine Statutenrevision die Rententeuerungsfinanzierung aus der BVK selbst überhaupt möglich. Sie hätten nicht gewährt werden müssen («Kann-Formulierung», verschuldeter Kanton). Da der Deckungsgrad damals sehr hoch war, wurde sie dennoch bezahlt. Davon haben Rentner (höhere Renten) und der Kanton als Arbeitgeber (kein höherer Aufwand) profitiert.

Insgesamt wurden damalige Rentner mit 1,174 Milliarden aus den BVK-Reserven bedient, Arbeitgeber (Steuerzahler) mit 1,3 Milliarden entlastet und Arbeitnehmer profitierten von 670 Millionen. Heute erscheint dies unverständlich. Damals funktionierte die BVK jedoch nach dem Leistungsprimat: Es war normal, dass die Finanzierung der Renten (Beitragshöhe, Sparguthaben) dem absehbaren Bedarf angepasst wurde: Der Gedanke, Reserven für Beitragssenkungen zu gebrauchen, war systemlogisch. Den Statutenwechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat (Rentenhöhe passt sich dem eigenen Sparguthaben an) vollzog die BVK erst im Jahr 2000. Damit durch diese Statutenrevisionen niemand eine Renteneinbusse erlitt, wurden weitere 1,37 Milliarden benötigt. So wurden die Reserven aufgebraucht.

**Schmiergeld und Vetternwirtschaft**

Die SVP hat seit Ende 2003 immer wieder auf Missstände aufmerksam gemacht, die schliesslich im Oktober 2011 zur Untersuchungshaft von BVK-Verantwortlichen führten und erst heute Gegenstand strafrechtlicher Untersuchungen sind.

- Es sind dies: Die personelle Vermischung des ehemaligen Leiters der kantonalen Finanzverwaltung (welche die BVK führt) mit der privaten Investitionsgesellschaft (BT&T). Die Investition der BVK in die BT&T führte zu 247 Mio. Verlust.
- Die gleiche Person war mit dem Inhaber derjenigen Firma befreundet, welche das Beratungsmandat über

die BVK-Anlagen hatte (Complemeta AG).

- Der für die Hypothekengeschäfte der BVK Verantwortliche der kantonalen Verwaltung war Vorstandsmitglied des Ferienvereins der Post (Poscom). Dieser Verein mutierte zum rentablen Tourismusanbieter

und betrieb Hotelanlagen – in eine Unrentable musste investiert werden. Die BVK verlor 52 Millionen.

- Der damalige Anlagechef der BVK hat mutmasslich zu hohe Kommissionen für die Anlageverwaltung aus-

Fortsetzung auf Seite 3

**EINLADUNG**

zur a.o. Delegiertenversammlung  
vom Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr,  
Altrüti in Gossau

**Vorprogramm** (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)

- Musikalischer Auftakt durch Buuremusig Gossau (Leitung Roger Kauer)
- Begrüssung durch Stefan Hächler (Vizepräsident Schulbehörde, SVP Gossau)

**Traktanden**

- Begrüssung / Standortbestimmung *KR Gregor A. Rutz*
- Revision der Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) *KR Gregor A. Rutz*
- Volksabstimmung vom 17. Juni 2012
  - Verkehrsabgabengesetz  
Pro: *KR Lilith Hübscher (Grüne, Winterthur)*  
Contra: *KR Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon)*
  - Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz  
Pro: *KR Martin Arnold (SVP, Oberrieden)*  
Contra: *KR Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich)*
  - Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Managed Care)  
Pro: *NR Toni Bortoluzzi (SVP, Affoltern a. A.)*  
Contra: *NR Christoph Mörgeli (SVP, Stäfa)*
- Verschiedenes *KR Gregor A. Rutz*

Mit freundlichen Grüssen  
Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich

Der Parteipräsident  
*Alfred Heer*

Der Sekretär  
*Dr. Yves Gadiant*



**Ich suche Kollegen für:**

- Landwirtschaft
- Lohnunternehmen
- Forst
- Gartenbau
- Bau + Gewerbe

Tages-, Wochen- oder  
Monateinsätze mit gutem Lohn

**Maschinenring**  
Maschinenring Zürich, Neuenstrasse 1  
8630 Rüti, T. 053 233 41 41  
[info@maschinenring.ch](mailto:info@maschinenring.ch) [www.maschinenring.ch](http://www.maschinenring.ch)

**Schreinerei  
Hanspeter Rüttschi**

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf  
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01  
[www.schreinerei-ruettschi.ch](http://www.schreinerei-ruettschi.ch)

**Möbel nach Mass**

In unserer Werkstatt in Mönchaltorf fertigen wir alle Ihre Wunschmöbel ganz nach Ihren Ideen und Bedürfnissen.

**VOGTEI  
HERRLBERG**

**Bankett/Kongresszentrum/  
Restaurant Rössli**

**MS  
WADIN**  
SCHIFFMOTOREN

**Mit der MS Wadin  
auf Erfolgskurs**

**Telefon 044 915 23 88**  
[info@vogtei.ch](mailto:info@vogtei.ch) · [www.vogtei.ch](http://www.vogtei.ch)

**AGRISANO**

In Zusammenarbeit mit  
SBV Versicherungen  
USP Assurance

**Natürlich  
Gut  
Versichert**

**Ihre Regionalstelle**

**Zürcher Bauernverband**  
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf  
Tel. 044 217 77 50, [www.zbv.ch](http://www.zbv.ch)

**ZBV Versicherungen**  
Im Dienste der  
Zürcher Landwirtschaft

Kompetent in Versicherung und Landwirtschaft

**Kostenlos  
Probeschlafen**

WBS - das Matratzensystem  
für den vollkommenen  
Schlafkomfort

**wideg ag**

Industriestrasse 25, 8625 Gossau  
Tel 044 935 25 46  
[info@wideg.ch](mailto:info@wideg.ch)  
[www.wideg.ch](http://www.wideg.ch)

**Schwungrad-Hamster und Wühlmäuse**



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Im Sonntagsblick bedauert Staatssekretär Peter Maurer, oberster Beamter des Aussendepartements, unser angebliches Abseitsstehen: «Die Schweiz könnte als EU-Mitglied ihre Interessen und ihre Identität verteidigen.» Bald übernimmt Maurer das IKRK-Präsidium von Jakob Kellenberger, der als EDA-Staatssekretär gesagt hat: «Ich bin überzeugt davon, dass ein EU-Beitritt im Interesse der Schweiz liegt.» Dazwischen amtierte Staatssekretär Franz von Däniken, der urteilte: «Der EU-Beitritt muss unser Ziel sein. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz in Europa nicht isoliert bleiben kann.»

Die riesengrosse Mehrheit der Bevölkerung will nichts von einem EU-Beitritt wissen. Bürgerliche und die Wirtschaft sind genauso dagegen wie die Gewerkschaften oder die Wähler von SP und Grünen. Die letzte europophile Minderheit der Schweiz sitzt in der Bundesverwaltung. Es sind dummerweise genau jene Leute, die in Brüssel den Volkswillen vertreten müssten. Doch sie tun das Gegenteil. Und erinnern an Kaninchen, die den Raubtieren freudig applaudieren. Wundern wir uns, wenn solche Unterhändler mit miserablen Verträgen nach Hause kommen?

Ohne Bundesverwaltung wäre die Unterschriftensammlung zum Uno-Beitritt gescheitert. Für Schengen stellte das Integrationsbüro des Bundes eine «Prominenten-Gruppe» zu Werbezwecken zusammen. Nun sind Chefbeamte keine bösen Menschen. Aber Menschen. Staatsdiener, die auch ihrem eigenen Interesse dienen. Sie fühlen sich pudelwohl im Biotope des Internationalismus. Es locken Macht, Prestige und gutbezahlte Stellen. Alles möglichst an der direkten Demokratie vorbei. Verliererin ist die Bevölkerung, die ihre Rechte preisgeben und die ganze Sause bezahlen muss.

Die Volksvertreter im Parlament sind nicht mehr die Gesetzgebenden, sondern die Gesetznehmenden – von der Verwaltung. Den Beamten ist es herzlich wurscht, welche Laiendarsteller in der Bundesversammlung sitzen. Auch die Bundesräte lassen sich von ihrer Bürokratie führen. Unsere Beamenschaft ist nicht faul. Würde sie das Schlechte schlecht machen, wäre es nicht schlimm. Aber sie macht das Schlechte gut. Sie führte uns in die Uno, nach Schengen und will uns in die EU führen. Wir Politiker rennen im Leerlauf wie Hamster im Schwungrad. Doch die Beamten arbeiten wie Wühlmäuse still und effizient vor sich hin.

JA ZUR STAATSVERTRAGSINITIATIVE AM 17. JUNI 2012

**Volksrechte und Wirtschaftsstandort stärken!**

Mitte-links-Kreise tun seit Jahren alles, um unsere weltweit einmaligen Volks- und Freiheitsrechte zu schwächen und auszuhebeln. Sie fallen vor ausländischem Druck auf die Knie und wollen ihnen lästige «Beitritts-Hürden» abbauen und unser Land schleichend in die Fehlkonstruktion EU einbinden. Darum ist ein Ja zur Volksinitiative «für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)», über die wir am 17. Juni 2012 abstimmen, ein Muss. Die Stärkung der Volksrechte stärkt auch unseren Wirtschaftsstandort und sichert Arbeitsplätze.



HANS FEHR NATIONALRAT SVP EGLISAU

Mehrheiten im Bundesrat und im Parlament sowie Politiker und Parteien von Mitte-links sind seit Jahren daran, unsere Volksrechte und die direkte Demokratie zu schwächen. Man will Volksinitiativen für ungültig erklären, unter dem Vorwand, sie würden «übergeordnetem Recht» (dem Völkerrecht, der Europäischen Menschenrechtskonvention und neuerdings dem «Kerngehalt der Grundrechte» in unserer Bundesverfassung) widersprechen. Der Bundesrat will sogar Warnhinweise auf Initiativ-Unterschriftenbogen anbringen wie beispielsweise «Achtung: Diese Initiative widerspricht möglicherweise übergeordnetem Recht.» Damit droht der Ausverkauf unserer Volksrechte, unserer Stärken und Besonderheiten, und damit letztlich auch der Schweiz. Die Amputation unserer Volksrechte muss gestoppt werden – mit einem Ja zur Staatsvertrags-Initiative. Nur das zwingende Völkerrecht – also das Verbot der Folter, das Rückschiebe-Verbot für Menschen, die im Herkunftsland an Leib und Leben bedroht sind, sowie das Verbot von Sklaverei, von Angriffskriegen und von Völkermord (Genozid) – muss eine Schranke für Volksinitiativen sein.

**Die Wirkung der Initiative**

Die Staatsvertragsinitiative weitet das obligatorische Referendum aus. Der heutige Verfassungsartikel 140 sieht das obligatorische Referendum – also eine zwingende Volksabstimmung – nur für den Beitritt der Schweiz zu «Organisationen für kollektive Sicherheit» und zu «supranationalen Gemeinschaften», also praktisch nur für einen Nato- und EU-Beitritt vor. Bei Annahme der Initiative müssen künftig alle völkerrechtlichen Verträge (Staatsverträge, internationale Vereinbarungen, Konventionen) in wichtigen Bereichen zwingend dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden. Und sie sind nur gültig, wenn sie sowohl das Volksmehr als auch das Ständemehr erreichen. Gerade die Kantone, die von aussenpolitischen Entscheiden oft stark mitbetroffen sind, aber heute nichts zu sagen haben, werden mit der Initiative gestärkt und müssen alles Interesse an ihrer Durchsetzung haben. Der Begriff der wichtigen Bereiche ist im Übrigen nicht «diffus», wie von den Gegnern behauptet. Er ist im Artikel 164 der Bundesverfassung bereits enthalten und in Lehre und Praxis konkretisiert. Wichtige Staatsverträge sind insbesondere solche, die eine automatische Übernahme von fremdem Recht und von dessen «Weiterentwicklung» (Beispiel Schengen-Abkommen, freier Personenverkehr), die Unterstellung unter fremde Gerichte oder Ausgaben von

über 1 Milliarde Franken (oder von über 100 Millionen Franken wiederkehrend) zur Folge haben.

**Zwingende Abstimmungen**

Nach Annahme der Staatsvertragsinitiative kann das Schweizer Volk beispielsweise zwingend abstimmen über hohe Zahlungen ans Ausland, über Ausweitungen der Personenfreizügigkeit, über folgenschwere Steuerabkommen, über ein «Rahmenabkommen», mit dem neues EU-Recht künftig automatisch übernommen würde, über ein allfälliges Dienstleistungsabkommen mit der EU (welches das definitive Ende unseres Bankkundengeheimnisses zur Folge hätte), über den vom Bundesrat anvisierten Agrarf Freihandel, über das Welthandelsabkommen WTO oder über eine Zollunion mit der EU. Wäre die Staatsvertragsinitiative bei der Schengen/Dublin-Abstimmung im Jahre 2005 schon in Kraft gewesen, so wäre Schengen abgelehnt worden, weil das Ständemehr nicht erreicht wurde. Damit wären uns die gravierenden Folgen des Abkommens (wie Kostenexplosion, fehlende Grenzkontrollen, Sicherheitsdefizite, massive Zunahme der grenzüberschreitenden Kriminalität, Asylmisere, Preisgabe unserer Souveränität im Visabereich und im Waffenrecht) erspart geblieben.

Mit seinem Gegenvorschlag zur Staatsvertragsinitiative hat sogar der

Bundesrat Handlungsbedarf eingestanden. Weil der Gegenvorschlag aber völlig schwammig und nebulös war, hat ihn das Parlament abgelehnt, sodass die Initiative jetzt «artrein» zur Abstimmung kommt. Der Bundesrat rechnet pro Jahr mit 1 bis höchstens 3 zusätzlichen Abstimmungen.

**Absurde gegnerische Behauptungen**

Weil die Gegner der Staatsvertragsinitiative keine Argumente haben (gegen die Stärkung der Volksrechte gibt es keine vernünftigen Argumente!) versteigen sie sich zu absurden Behauptungen. Die dümmste ist wohl jene von Economiesuisse, des «Dachverbandes der Wirtschaft», die uns weis machen will, die Initiative schade «der Wirtschaft, der direkten Demokratie und der Schweiz». Das Gegenteil trifft zu. Denn jedes Kind weiss, dass unsere einzigartigen Volksrechte und die direkte Demokratie (sowie die schweizerische Neutralität) die besten Garanten sind für Stabilität, Sicherheit, Berechenbarkeit, tragbare Steuern und einen vergleichsweise schlanken Staat – Voraussetzungen, die für unseren Wirtschaftsstandort von grösster Bedeutung sind.

Stimmen Sie deshalb am 17. Juni 2012 JA zur Staatsvertragsinitiative und zur Stärkung unserer Volksrechte. Es geht um einen Meilenstein für die Zukunft unseres Landes.

VON WEGEN SAUBER UND ÖKOLOGISCH

**Solarstrom – nein danke**

Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat im September 2011 auf Empfehlung des AWEL die Bewilligungspflicht für Solaranlagen auf Dächern gelockert. Warum?

WERNER KRAUSS BUBIKON

Die Quotenfrauen des Bundesrates haben 2011 den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen! Ohne Rücksicht auf das Volk!

Rot-grün gestreifte geistige Tiefflieger wollen Sonnenblumen anpflanzen und Solarzellen davor aufstellen, um damit im Halbstundentakt 1000 Lokomotiven der Bahn mit je 5000 kW anzutreiben.

Die Energieversorgung eines Chalets oder Rusticos in entlegenen Berggebieten mit Solarstrom kann durchaus sinnvoll sein, aber die Versorgung von Gesellschaft und Wirtschaft damit ist vollkommen illusorisch.

Was sind eigentlich Solarzellen? Der Hauptbestandteil ist Silizium, das zweithäufigste Element unserer Erde und das ist vorhanden wie «Sand am Meer»!

Die Einstrahlung der Sonnenenergie auf die Erde beträgt in günstigen Lagen 1,36 kW/m<sup>2</sup>, wovon je nach Solarzelle bei Sonneneinstrahlung 0,1–0,4 kW/m<sup>2</sup> physikalisch in elektrischen Strom umgewandelt werden können. Reine Silizium-Wafer liefern nur 0,1 kW/m<sup>2</sup>, dotierte, d. h. legierte Wafer erreichen bis 0,4 kW/m<sup>2</sup>.

Handelsübliche dotierte Photovoltaik-Zellen liefern 130 W/m<sup>2</sup> als Gleichstrom mit z. B. 10 Amp bei 13 Volt zur Speisung eines 12-V-Akkus. Das Silizium der Photovoltaik-Zellen ist mit z. B. Galliumarsenid versetzt.

**Gefährdung der Bevölkerung**

Was passiert mit den Solarpanels auf dem Hausdach bei einem Brand? Die Solarzellen kann man nicht abschalten und die werden munter das Löschwas-

ser zu Knallgas elektrolysieren mit der Folge einer Wasserstoffexplosion wie in Fukushima. Weiter werden die Schwermetalle der Dotierung wie hochgiftiges Arsen, Cadmium, Indium, Gallium freigesetzt, die als weisser Rauch in die Atmosphäre aufsteigen und das Löschwasser kontaminieren. Jenes ist dann genauso gefährlich wie das in Fukushima. Die Folgen einer Havarie, d. h. eines Haus-Brandes mit Solarpanels auf dem Dach sind für viele Betroffene erheblich.

Die skrupellosen rot-grünen Phantasten haben auch keine ethischen Bedenken an der Herstellung der Photovoltaik-Anlagen. Je Kilogramm Reinst-Silizium entsteht bei der Herstellung 19 kg Chemieabfall. Aus diesem Grund wurde auch die einstige Wafer-Produktion von Phillips in Zürich geschlossen. Eine Anlage zum Bedampfen des Siliziums z. B. mit Arsen zur Steigerung des Wirkungsgrades würde in der Schweiz gar keine Betriebsbewilligung erhalten.

In Deutschland haben gerade drei Firmen aus der Solarzellen-Branche mit über 3000 Mitarbeitern für immer die Tore geschlossen und die Mitarbeiter entlassen.

Es zeugt von niedriger geistiger Gesinnung, wenn die Schweiz als sauber und ökologisch mit grüner Solarenergie dargestellt wird – die Drecksarbeit machen ja die Chinesen und Koreaner für uns.

**Fazit**

Wenn in Ihrer Gemeinde Dächer mit Solarpanels ausgerüstet werden sollen, erheben Sie Einspruch und verhindern Sie jegliche Gefährdung der Bevölkerung durch grüne Weltverbesserer!

Arbeitstagung der SVP Kanton Zürich

**Unser Gesundheitswesen – krank?**

Samstag, 12. Mai, 8.30 Uhr bis ca. 12.30 Uhr  
See-Spital Kilchberg, Grütstrasse 60, 8802 Kilchberg

**Jetzt anmelden!**

**Programm**

|       |  |
|-------|--|
| 08h30 | Kaffee / Gipfeli   |
|       | <b>Begrüssung – ABC des Gesundheitswesens</b>  |
| 09h00 | Begrüssung und Einführung in das Gesundheitswesen<br>Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich  |
|       | <b>Hat sich das KVG bewährt? – Entwicklungen der letzten 15 Jahre</b>  |
| 09h10 | Stand der Reformen im KVG auf Bundesebene – Haltung der SVP<br>Nationalrat Jürg Stahl, Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit             |
|       | <b>Spitalfinanzierung: Von der Fallpauschale zum Zürcher Spitalfonds?</b>  |
| 09h30 | Die Spitalfinanzierungsmodelle auf dem Prüfstand<br>Kantonsrat Urs Martin  |
| 09h45 | <b>Der Arzt – Unternehmer oder Staatsangestellter?</b>   |
|       | Entwicklungen und Tendenzen im Gesundheitswesen<br>Daniel Staffelbach, Rechtsanwalt / Konsulent FMP  |
| 10h00 | *** Pause ***  |
|       | <b>Managed Care: Zielführende Reform oder sinnlose Planwirtschaft?</b>   |
| 10h30 | Die integrierte Versorgung mit Netzwerken steht zur Diskussion<br>Pro: Nationalrat Toni Bortoluzzi<br>Contra: Nationalrat Christoph Mörgeli                  |
|       | <b>Podiumsdiskussion/Fragerunde mit Publikum</b>   |
| 10h50 | Podiumsdiskussion mit Jürg Stahl, Urs Martin, Daniel Staffelbach, Toni Bortoluzzi und Christoph Mörgeli – Fragen aus dem Publikum<br>Diskussionsleiter offen |
| 12h00 | Schlusswort / Ende der Tagung<br>Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich  |

Anmeldung an: Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf  
Fax 044 217 77 65 oder E-Mail sekretariat@svp-zuerich.ch



Anmeldetalon für die Arbeitstagung vom Samstag, 12. Mai 2012

|         |          |
|---------|----------|
| Name    | Vorname  |
| Strasse | PLZ, Ort |
| Tel.    | E-Mail   |

## KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

### Flächendeckende Einführung der Grundstufe?

Diese Woche beschloss der Kantonsrat über die kantonale Volksinitiative «Prima» für die Weiterentwicklung der Kindergartenstufe. Zudem wurde über den Berufsauftrag der Schulleitenden und der praxisnahen Ausbildung für Kindergärtnerinnen und Kindergärtner debattiert.



YVES SENN  
KANTONS RAT SVP  
WINTERTHUR

Anita Borer (SVP, Uster) eröffnet die Debatte und stellte klar, dass es keinen Sinn macht, etwas einzuführen, das Mehrkosten verursacht, aber keinen Mehrwert bringt. Mit der flächendeckenden Einführung der Grundstufe solle ein altersdurchmischter Zusammenschluss der beiden Kindergartenjahre mit der 1. Klasse erfolgen. Bereits in 27 Gemeinden im Kanton Zürich werde das Modell als Schulversuch praktiziert. Dieser habe gezeigt, dass die Kosten um 16 Prozent gestiegen seien und keine Vorteile für die Schülerinnen und Schüler brachten. Dies sei auch in einer Studie, die im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz Ost veröffentlicht wurde, festgestellt worden. Der Bericht zeige klar, dass Schülerinnen und Schüler, welche die Grundstufe erfahren haben, keine Lern- und Wissensvorteile gegenüber denjenigen vorweisen würden, welche den Kindergarten besuchten. Ausserdem würde mit der Umsetzung der Volksinitiative der Kindergarten abgeschafft und der klare Wille der Stimmbürger zur Mundart im Kindergarten ausgehebelt. Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) doppelte

nach: Trotz ungleichen und unfairen Vergleichsbedingungen schnitt der Kindergarten in den Versuchen besser ab. Eine altersdurchmischte und niveaugemischte Grundstufe vernichte einen möglichen Lernvorteil. Das Experiment sei darum pädagogisch gescheitert und dürfe nicht weiter unterstützt werden. Der Kantonsrat beschloss dennoch – mit 85 zu 75 Stimmen – auf die Volksinitiative einzutreten. Die zweite Lesung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt und das letzte Wort werden die Stimmbürger haben.

#### Schulleitende

Mit einem Postulat forderte Matthias Hauser zusammen mit der FDP und CVP den Regierungsrat auf, zu prüfen, wie ein Berufsauftrag auch für Schulleitende erstellt werden kann. Damit sollen deren Aufgaben zur Erfüllung einer vollen Anstellung definiert werden, ohne einen gewissen Handlungsspielraum der anstellenden Schulgemeinden zu beschränken. Der Regierungsrat stellte fest, dass das Volksschulgesetz die Aufgaben der Schulleitenden umschreibt. Diese umfasst die administrative und personelle Führung der Schule, die Mitwirkung bei Personalgeschäften der Schulpflege, die Durchführung von Mitarbeitergesprächen und die Mitwirkung bei der Mitarbeiterbeurteilung, die Zuteilung der Schü-

lerinnen und Schüler zu den Klassen, die Förderung und Koordination der Weiterbildung der Lehrpersonen, die Verwaltung der an die Schule zugeteilten Mittel sowie die Leitung der Schulkonferenz. Der Handlungsspielraum der Gemeinden soll jedoch nicht zusätzlich eingeschränkt werden, da die Organisation und lokale Situation der Schulen unterschiedlich sind. Matthias Hauser erklärte, dass der Schulleiterverband den Berufsauftrag selber formulieren dürfe, den Lehrpersonen jedoch werde dieser vorgegeben. Das Postulat wurde abgeschrieben.

#### Kindergärtnerinnen

Mit einem Postulat forderte die EVP die Förderung einer praxisnäheren Ausbildung für Kindergärtnerinnen und Kindergärtner ohne gymnasiale Matur als Zulassungsbedingung. Walter Isliker (SVP, Zürich) stellte klar, dass die SVP diese Forderung unterstützt. Die Akademisierung der Kindergärtnerinnen- und Kindergärtnerausbildung sei unnötig und die Hürden müssten abgebaut werden. Zudem könne man mit tieferen Anforderungen den Mangel an Kindergärtnerinnen und Kindergärtern abbauen. Der Kantonsrat stellte sich gegen diese Forderung und lehnte das Postulat ab.

### DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... Eintreten auf die Volksinitiative «Prima» für die Weiterentwicklung der Kindergartenstufe mit 85 zu 75 Stimmen beschlossen. ☹
- ... Eintreten auf den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Prima» beschlossen. ☹
- ... ein Postulat betreffend Berufsauftrag für Schulleitende abgeschrieben. ☹
- ... ein Postulat betreffend Förderung einer praxisnäheren Ausbildung für Kindergärtnerinnen und Kindergärtner ohne gymnasiale Matur als Zulassungsbedingung mit 83 zu 73 Stimmen abgelehnt. ☹

16. April 2012

Fortsetzung von Seite 1

bezahlt und gleichzeitig Schmiergelder (jeweils mehrere 100000 Franken) bezogen. Darauf basierten die Beziehungen zu fragwürdige Finanzgesellschaften. Diese investierten BVK-Gelder verlustreich. So gingen z. B. über 70 Mio. in einem US-Hedgefonds verloren.

Die Verluste durch diese Seilschaften und deren Finanzgeschäfte dürften rund 700 Mio. ausmachen.

#### Sanierung wird nicht funktionieren

Die Sanierungsvorlage, welche der Kantonsrat beschlossen hat, passt sich mit ihren Kosten dem Deckungsgrad an. Insgesamt 2,6 Milliarden Franken aus der Staatskasse (darin enthalten die erwähnte Einmaleinlage) werden benötigt, wenn die BVK bis 2019 saniert sein soll und der Deckungsgrad heute über 86,5 Prozent (= Deckungsgrad Ende 2010) läge. Auf diesem Wert basieren die Kostenschätzungen des Kantonsratsbeschlusses. Zudem wird – wie erwähnt – eine

Rendite von 3,25 Prozent für die Erreichung des Rentenziels vorausgesetzt.

Die Sanierung wird nicht funktionieren. Ende 2011 ist die Ausgangslage gegenüber 2010 verschlechtert und die erwartete Rendite himmelhoch über der Realität. Was ist also zu tun?

#### Saubere Analyse, tiefere Rendite

Das Ziel einer Pensionskasse ist die Aufbewahrung und die Werterhaltung von Lohnbestandteilen, damit sie im Alter zur Verfügung stehen. Allein zu diesem Zweck sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur beruflichen Vorsorge verpflichtet. Eine Pensionskasse soll zudem die eigenen Verwaltungskosten decken. Kein Ziel hingegen ist die Wertvermehrung. In anderen Worten: Es ist nicht schlimm, wenn die BVK einen Börsenboom verpasst. Aber es ist tragisch, wenn bei tiefer Börse gesparte Lohnbestandteile vernichtet werden.

Die von Jahr zu Jahr stark schwankenden Renditen des BVK-Vermögens bestätigen, dass die Anlagepolitik nicht auf Werterhaltung ausgerichtet war.

Für eine möglichst risikolose Werterhaltung ist eine Ertragsentwicklung von 4 Prozent weder notwendig noch realistisch, auch nicht von 3,25 Prozent.

Offenbar hat der lukrative Griff in die BVK-Reserven Ende der 90er-Jahre den Blick verklärt. Politiker, Finanzdirektion und auch Arbeitnehmer rechneten mit Erfolg, träumten von Wertvermehrung und sahen nicht, mit welchen Methoden und Risiken die Anlageverwalter die hohe Rendite jagten, zu welcher sie verpflichtet sind. Wo die Aufsicht träumt, verwaltete Beträge hoch sind und risikoreiche Renditen verlangt werden, da ist der Boden für Korruption ideal.

Die vom Bundesgesetz verlangte Verselbständigung der BVK wird in Zukunft den Griff in die Reserven erschweren. Bereits heute werden Anlageentscheide breiter abgestützt als im letzten Jahrzehnt. Das sind Verbesserungen. Doch ohne klares Wissen über die Zusammenhänge zwischen hoher Renditeerwartung, Korruption und träumender Aufsicht ist erst ein kleiner Teil der Vergangenheit geklärt. Die SVP hat im Kantonsrat gefordert, vor dem Beschluss über die Sanierung die entsprechenden Untersuchungsberichte abzuwarten. Erfolglos.

Blind für die wirklichen Ursachen der BVK-Krise hat das Parlament eine völlig unzureichende Sanierungsvorlage beschlossen, die mit der Einmaleinlage und höheren Beiträgen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor allem aus Milliarden-Zuschüssen besteht. Weder die Renditeerwartung (und damit die Renten) wird wesentlich realistisch noch die künftige Aufsicht wird debattiert. Wer für die BVK Optimist bleibt, bleibt auch Spekulant.

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### Teure Experimente ohne Mehrwert



ANITA BORER  
KANTONS RÄTIN SVP  
USTER

Macht es Sinn, etwas einzuführen, das Mehrkosten verursacht, die

Gemeinden zusätzlich belastet und weder die Bildungsqualität erhöht noch den Lehrpersonen einen Mehrwert bringt? Selbstverständlich nicht. Aus diesem Grund hat die SVP-Kantonsratsfraktion die Umsetzungsvorlage zur Prima-Initiative sowie den Gegenvorschlag am Montag im Rat abgelehnt. Alle Parteien ausser SVP, Glp, EDU und EVP unterstützen das Begehren.

Die Prima-Initiative fordert die flächendeckende Einführung der Grundstufe (Zusammenschluss der ersten beiden Kindergartenjahre sowie der ersten Primarklasse). Die Grundstufe wird als innovatives Schulmodell gepriesen, was sie aber nicht ist. Bereits in 27 Zürcher Gemeinden wurde das Modell als Schulversuch praktiziert. Zur Auswertung des Schulversuchs wurde ein Schlussbericht im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz Ost veröffentlicht. Der Bericht zeigt auf, dass Schülerinnen und Schüler, welche die Grundstufe im Versuch erfahren haben, keine Lern- und Wissensvorteile gegenüber denjenigen vorweisen, welche den Kindergarten besuchten.

Die Grundstufe kostet allerdings deutlich mehr als der bisherige Kindergarten. Grundstufenklassen sind grösser, weil sie aus bis zu vier Jahrgängen bestehen. Das bedeutet, dass die Gemeinden bei der Einführung der Grundstufe den passenden Schulraum noch schaffen müssten. Da der Kanton Zürich aufgrund des neuen Finanzausgleichsgesetzes nichts mehr an Schulbauten zahlt, müssten die Gemeinden Um- und Ausbau vollständig aus der eigenen Kasse berappen. Weiter bräuchte es mehr Personal für die Grundstufe. Es stellt sich die Frage, wie das benötigte Lehrpersonal infolge des herrschen-

den Lehrpersonenmangels überhaupt rekrutiert werden könnte. Eine Antwort darauf erhielten wir nicht.

Die Vorlage ist weiter verknüpft mit der Frage um die Unterrichtssprache. Das Zürcher Stimmvolk hat im Mai 2011 der Initiative «Mundart im Kindergarten» zugestimmt. Würde die Vorlage umgesetzt, dann würde der Kindergarten abgeschafft und Mundart als Unterrichtssprache nicht mehr zur Verpflichtung. Der Volksentscheid könnte umgangen werden.

Entgegen dem Willen der SVP trat der Rat letztlich knapp auf die Vorlage ein. Die FDP brachte damit ihren Gegenvorschlag ein, welcher eine Wahlmöglichkeit zwischen Grundstufe und Kindergarten einführen möchte. Dieser Vorschlag löst die erwähnten Probleme keineswegs. Volk und Legislative hätten einerseits kaum Einfluss auf das gewählte Schulmodell. Die Schulpflege der Gemeinden würde zwar theoretisch das Modell bestimmen – der Entscheid über die Infrastrukturausgaben läge aber in der Kompetenz der Exekutive. Kommen mit dem Gegenvorschlag in einer Gemeinde beide Versionen (Kindergarten und Grundstufe) zum Tragen, dann sind Klagen bei der Schulpflege vorprogrammiert. Eltern würden das Recht einfordern, ihr Kind in einen Kindergarten zu geben, wenn es in eine Grundstufe eingeteilt wird oder umgekehrt. Entscheidet sich eine Gemeinde für die Grundstufe, so bestehen andererseits die bereits geschilderten Probleme in Bezug auf die Kosten und das Personal.

Letztlich muss unser Ziel in der Bildungspolitik sein, die Qualität zu verbessern. Weder die Umsetzungsvorlage zur Prima-Initiative noch der Gegenvorschlag bringen uns diesem Ziel näher. Die Vorlage geht noch in eine zweite Runde im Kantonsrat. Die SVP-Fraktion wird die Umsetzungsvorlage zur Prima-Initiative sowie den Gegenvorschlag auch bei der zweiten Behandlung klar ablehnen.

## JUNGE SVP

### JSVP Oberland-See erweitert Vorstand

Die Junge SVP Oberland-See (JSVP) hat am Mittwochabend in Zollikon ihre ordentliche Generalversammlung durchgeführt.

Der Vertreter der SVP Zollikon, Martin Hirs, sowie die Präsidentin der SVP Bezirk Meilen, Theres Weber, richteten eine Grussbotschaft an die Mitglieder. Anschliessend führte die Präsidentin Simone Akermann durch die Generalversammlung zur Erledigung der ordentlichen Geschäfte.

Die bisherige Präsidentin Simone Akermann wurde einstimmig wiedergewählt. Ebenfalls bestätigt wurden Manuel Frick (Zollikon), Beat Fuhrer (Bäretswil) und Patrick Walder (Dübendorf). Neu in den Vorstand aufgenommen wurden Daniel Burkhardt (Dübendorf), Swen Huber (Greifensee), Patrick Landis (Meilen) und Mike Scheu (Volketswil). Die JSVP ist über-

zeugt, mit diesen zusätzlichen Vorstandsmitgliedern gestärkt das nächste Parteijahr angehen zu können. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Sabrina Schenkel (Horgen) und Gabriel Spirig (Kyburg) sind aufgrund eines Wegzugs bzw. aus Altersgründen aus dem Vorstand zurückgetreten.

Im Anschluss an die Generalversammlung referierte der Präsident der Aktion Medienfreiheit, Filippo Leutenegger, zum Thema «Der Einfluss der Medien auf die Politik». In seinen spannenden Ausführungen berichtete er über die aktuellen Gegebenheiten im Medienwesen, den Umgang der Medien mit Politikern und über die Mechanismen in der Medienwelt.



Der Vorstand der JSVP Oberland-See mit Präsidentin Simone Akermann.

| Jahr | Nettorendite<br>Anlageportfolio der BVK | Deckungsgrad |
|------|---|--------------|
| 2000 | -1,85%                                  | 118,2%       |
| 2001 | -7,15%                                  | 104,2%       |
| 2002 | -11,94%                                 | 88,1%        |
| 2003 | 7,10%                                   | 90,8%        |
| 2004 | 3,97%                                   | 91,4%        |
| 2005 | 10,61%                                  | 91,7%        |
| 2006 | 7,34%                                   | 101,4%       |
| 2007 | 2,90%                                   | 100,7%       |
| 2008 | -15,56%                                 | 81,0%        |
| 2009 | 11,17%                                  | 87,3%        |
| 2010 | 2,15%                                   | 86,5%        |
| 2011 | -0,70%                                  | 83,4%        |

BVK: Aktivversicherte: 78 130, Rentenbeziehende: 29 261, angeschlossene Arbeitgeber 530 (per 31. Dezember 2011)

## GENERALVERSAMMLUNG

## Thomas Hurter zu Gast bei der SVP Marthalen

Zur Generalversammlung im Gasthof Ochsen durfte Paul Mayer eine stattliche Anzahl Parteimitglieder und einen prominenten Gast begrüßen.

Den geschäftlichen Teil der GV 2012 zog der «neue» Präsident Paul Mayer zügig durch; zu erwähnen sind das grosse Engagement einzelner Mitglieder und des Vorstands. An über dreissig SVP-Terminen haben sich letztes Jahr Marthaler SVPler für die Partei eingesetzt!

Die gut gelungenen und erfreulich besuchten Anlässe zum Thema «Jagd und Biber», sowie die Multimedia-Show von Andrea Vogel (Grenzerfahrungen) wurden nochmals von den Versammelten mit starkem Applaus bedacht. Die geplanten Aktivitäten, die Organisation einer Kantonalen De-

legiertenversammlung und die Durchführung eines Informationsabends mit dem Titel «Mobilität ist uns nicht Wurst» fanden klare Zustimmung bei den Anwesenden. Die von Bettina Nägeli präsentierte Jahresrechnung schloss mit einem erfreulich grossen Einnahmenüberschuss ab. Trotzdem beschlossen die SVPler, den Jahresbeitrag in der Höhe der Vorjahre zu belassen. Zwei neue Parteimitglieder wurden herzlich begrüsst. Nach dem gemeinsamen Abendessen referierte der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter zum aktuellen Prozedere der Kampfflugzeugbeschaffung für die Schweizeri-

sche Luftwaffe. Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Bundes, als Fluglehrer, ehemaliger Militärpilot und aktiver Linienpilot der Swiss konnte Herr Hurter aus dem Vollen schöpfen! Sein klar strukturiertes Referat illustrierte er mit aussagekräftigen Statistiken, Animationen, Vergleichen und Bildern. Vielen Zuhörern wurde erst jetzt bewusst, dass auch in sogenannten Friedenszeiten die Luftwaffe eine wichtige Verantwortung für unser Land trägt, und dass die Schweiz auf einen funktionsfähigen Luftschirm angewiesen ist. Dazu ist aber zeitgemässes Fluggerät ein absolutes Muss!

## DELEGIERTENVERSAMMLUNG SVP BEZIRK DIETIKON

## Für das Projekt Limmattalbahn

Im Rahmen der diesjährigen Delegiertenversammlung der SVP des Bezirks Dietikon wurde im Beisein von SVP-Regierungsrat Ernst Stocker in einer angeregten und konstruktiven Diskussion zum Thema «Verkehr im Limmattal» unter anderem auch über die Vor- und Nachteile der Limmattalbahn sowie deren Einfluss und die Auswirkungen auf den übrigen Verkehr gesprochen.

In einer Konsultativabstimmung haben sich die Delegierten der SVP Bezirk Dietikon mit einer deutlichen Mehrheit für das Projekt Limmattalbahn ausgesprochen. Dabei wurde nicht verkannt, dass es insbesondere in den Städten Dietikon und Schlieren noch zahlreiche offene Fragen hinsichtlich Linienführung zu klären und diverse Probleme in Bezug auf flankierende Massnahmen zu lösen gibt.

Die SVP des Bezirks Dietikon wird eine Arbeitsgruppe zum Projekt Limmattalbahn bilden, in der neben den amtierenden SVP-Kantonsräten aus dem Bezirk Dietikon und Nationalrat Hans Egloff auch Vertreter aus den Limmattaler SVP-Ortssektionen, insbesondere den beiden Städten Schlieren und Dietikon, vertreten sind. Als Bindeglied zwischen der Parteibasis und den SVP-Vertretern in den

Gemeindebehörden soll die Arbeitsgruppe den derzeitigen Stand der Planung analysieren, mögliche Problemfelder auflisten und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten. Die SVP des Bezirks Dietikon will so ihre Behördenvertreter in den Gemeinden unterstützen und im Sinne der Limmattaler Bevölkerung einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der regionalen Verkehrsprobleme leisten.

## LESERBRIEFE

## Die Wirtschaft muss wieder den Menschen dienen

Weltweit wird nach Auswegen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gesucht. Westschweizer Weinbauern haben für unsere direkte Demokratie eine Lösung in Form der eidgenössischen Volksinitiative «Für eine Wirtschaft zum Nutzen aller» gefunden. Um dem Druck des sogenannt freien Marktes auf die Landwirte etwas entgegenzusetzen, bekämpften sie bereits das von Bundesbern einseitig in Kraft gesetzte «Cassis de Dijon»-Abkommen mit der EU.

Die Doktrin «mehr Wettbewerb» für die Landwirtschaft prägte in den letz-

ten Jahren die Agrarpolitik. Den Schweizer Landwirten wurde ohne Rücksicht auf die ungleichen Rahmenbedingungen für ihre Produktion eine Annäherung an das EU-Preisniveau als Zielvorgabe aufgezwungen. Zur Zielerreichung soll die Marktöffnung für Agrarprodukte dienen, mit unabsehbaren Folgen für unser Land: Verlust von bäuerlichen Betrieben und bei den vor- und nachgelagerten Stufen, Abhängigkeit gegenüber dem Ausland, ungenügender Selbstversorgungsgrad, Entvölkerung des ländlichen Raums, Vergandung in Tourismusregionen usw.

Die Volksinitiative will eine Wirtschaft mit einer fairen Wettbewerbskultur, die die natürlichen Ressourcen schon und Rücksicht auf unsere lokalen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen nimmt. Die einheimische Wirtschaft und unsere hohen Qualitäts- und Umweltstandards müssen gegen unlauteren Wettbewerb und Dumping geschützt werden. Die vorgeschlagenen bewährten Instrumente, wie Schutzzölle und Einfuhrkontingente sollen für gleich lange Spiesse mit dem Ausland sorgen.

Die Initiative «Für eine Wirtschaft zum Nutzen aller» bietet uns die Chance, die Weichen für die zukünftige Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik zu stellen. Ergreifen wir sie, in dem wir die Initiative unserer aktiven Mitbürger aus der Romandie unterzeichnen!

Initiativkomitee und Unterschriftenbögen: [www.economie-utile-a-tous.ch](http://www.economie-utile-a-tous.ch)  
Peter Aebersold, Zürich

## Prämien für kriminelle Asylbewerber?

Die Genfer Staatsrätin Isabel Rochat hat dem Asyl(un)wesen die Krone aufgesetzt. Sie will kriminellen Asylbewerbern 4000 Franken zahlen, wenn diese freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Das sei billiger als ein teurer Gefängnisarrest. Diese Aussage ist grotesk und zeugt von unglaublicher Naivität. Denn ein solches Vorgehen würde sich rasch in Afrika herumspinnen und bedeutet eine Einladung, in die Schweiz zu kommen. Die Folge wäre eine frapante Zunahme der Wirtschaftsflüchtlinge, die hier zuerst einmal jahrelang auf unsere Kosten leben würden. Im Fall einer drohenden Abschiebung begehen sie Straftaten, kassieren als Belohnung 4000 Franken und kommen garantiert wieder, was langfristig im Endeffekt viel teurer ist. Ob die Genfer Staatsrätin auch an die zusätzlichen Opfer solcher staatlich subventionierten Straftaten gedacht hat, bleibt ihr Geheimnis.  
Otto Weiersmüller, Uetikon

## SVP WINTERTHUR

## Kandidat Mike Künzle wird bei den Wahlen zum Stadtpräsidenten unterstützt

Am 11. April 2012 führte die SVP Winterthur in der alten Kaserne eine Parteiversammlung durch. Haupttraktandum war der Entscheid zur Unterstützung der Stadtpräsidiumskandidaten.

Die beiden Stadtpräsidiumskandidaten Yvonne Beutler und Michael Künzle waren zur Parteiversammlung der SVP Winterthur eingeladen worden. Beide hatten die Gelegenheit, ihre Ziele als Stadtpräsident während 15 Minuten den SVP-Mitgliedern vorzustellen. Anschliessend beantworteten beide Publikumsfragen zu Themen wie Erschlies-

sungsstrasse Neu-Hegi Grüze, Bau-standards, Finanzen, Förderung der Vereine, Sicherheit, Pildach und Heimtaxen.

In einer breiten Diskussion tauschten die Versammlungsmitglieder anschliessend ihre Eindrücke aus und beschlossen einstimmig die Unterstützung von Mike Künzle.

## SVP Oberwinterthur

## EINLADUNG



## 1.-MAI-GRILLPLAUSCH

Wie jedes Jahr führen wir auch im 2012 den 1.-Mai-Grillplausch durch. Dieses Jahr haben wir Lukas Reimann, NR SG, als Gast bei uns.

Teilnahme Alle (Freunde, Bekannte und Verwandte usw.)

Lageplan siehe [www.waldschulzimmer-lindberg.ch](http://www.waldschulzimmer-lindberg.ch)  
ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert

Zeit Dienstag 1. Mai 2012, ab 11.00 Uhr  
Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Programm 11.00 Uhr Apéro  
11.30 Uhr Begrüssung Stefan Schär,  
Präsident SVP Oberwinterthur  
anschliessend Ansprache Lukas Reimann  
12.30 Uhr Mittagessen

Kosten Verpflegung Erwachsene Fr. 25.–  
Kinder (schulplf.) Fr. 5.–  
Die Getränke müssen separat bezahlt werden!

Anmeldung bis spätestens 27. April an Urs Obrist  
Telefon 052 202 84 44  
Natel 079 414 31 22  
Email [urs.obrist@hispeed.ch](mailto:urs.obrist@hispeed.ch)

|                   |  |
|-------------------|--|
| Anmeldedatum      | <input type="checkbox"/> Ja, ich nehme am 1.-Mai-Grillplausch teil |
| Name              | Vorname  |
| Anzahl Erwachsene | Anzahl Kinder  |



## Verkehrsabgabegesetz

Einladung zur kontradiktorischen Veranstaltung

## SVP-Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen

stellt sich den Argumenten von

## GLP-Kantonsrat Jörg Mäder, Opfikon

Donnerstag, 26. April 2012  
19.00 bis 19.45 Uhr

Restaurant Frohsinn, Kloten

Lassen Sie sich aus erster Hand informieren und nutzen Sie die Gelegenheit, einer engagierten Diskussion beizuwohnen! Stellen Sie Fragen!

Ihre SVP Bezirk Bülach



## Bürger fragen – Kantonsräte antworten



Claudio Zanetti Theres Weber-Gachnang Gregor Rutz Hans-Peter Amrein

► Dienstag, 8. Mai, 20.00 Uhr  
Restaurant Krone  
Seestrasse 117  
Uetikon am See

Wir stehen Ihnen Red & Antwort!



## Rettet unser Schweizer Gold!

Jetzt unterschreiben:  
[www.goldinitiative.ch](http://www.goldinitiative.ch)

## «DURCHSETZUNGSINITIATIVE» VOR LANCIERUNG

## Ausschaffungsinitiative: Volkswillen endlich durchsetzen

Fast 1½ Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative durch Volk und Stände existiert noch immer kein Entwurf für ein Umsetzungsgesetz zum Verfassungsartikel. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. SVP-Vertreter forderten deshalb diese Woche anlässlich einer Medienkonferenz in Bern vom Bundesrat erneut die Achtung des Volkswillens, dessen Durchsetzung bisher willkürlich verschleppt wurde. Das Vernehmlassungsverfahren zu einem Gesetzesentwurf ist umgehend zu eröffnen. Dabei sind die Vorschläge der SVP zu berücksichtigen, die eine korrekte Umsetzung des Volkswillens ermöglichen. Die SVP hat ihrerseits die Vorarbeiten für eine Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffungsinitiative abgeschlossen. Die Initiative liegt auf der Bundeskanzlei und kann jederzeit gestartet werden.

Am 28. November 2010 haben Volk und Stände die Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer angenommen. Die Ausländerkriminalität steigt unterdessen weiter an. Erstmals war im vergangenen Jahr eine Mehrheit der Täter, die gegen das Strafgesetzbuch verstießen, ausländischer Herkunft. Eine Zunahme der Delikte ist insbesondere bei Raub, Einbruch, Diebstahl und Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz festzustellen. In einigen Schweizer Städten explodiert die Zahl der Straftaten förmlich.

## «Durchsetzungsinitiative» bereit zur Lancierung

Umso unverständlicher ist es, dass die Bundesbehörden die Umsetzung des Volkswillens zur Ausschaffung krimi-

neller Ausländer weiter verschleppen. 17 Monate nach Annahme des Verfassungsartikels wurde noch nicht einmal ein Vernehmlassungsverfahren für die Umsetzungsgesetzgebung eröffnet. Dies darf nicht einfach hingenommen werden. Die SVP-Delegiertenversammlung hat deshalb am 1. Oktober 2011 beschlossen, eine weitere Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffungsinitiative zu lancieren. Die «Durchsetzungsinitiative» liegt nun ausgearbeitet vor. Die Vorprüfung durch die Bundeskanzlei ist abgeschlossen. Die Initiative schreibt die korrekte Umsetzung des Ausschaffungsartikels in den Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung fest. Sie ist damit nach ihrer Annahme direkt umsetzbar.

## Automatische Ausschaffung bei bestimmten Delikten

Die «Durchsetzungsinitiative» umfasst insbesondere schwere Delikte (z.B. Mord, Raub, Vergewaltigung usw.), die nach Verbüßung der Strafe zu einer sofortigen automatischen Ausschaffung führen. Bei Straftaten, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen (z.B. Raufhandel, Gewalt gegen Beamte usw.), soll es zu einer Ausschaffung kommen, wenn der entsprechende Täter bereits vorbestraft war. Liegt ein Ausweisungsgrund im Sinne der neuen Verfassungsbestimmung vor, ist es im öffentlichen Interesse, dass der betreffende Straftäter die Schweiz automatisch verlassen muss. Die von Bundesrätin Sommaruga im vergangenen Jahr

eingesetzte Arbeitsgruppe wollte in ihrer Mehrheitsvariante bei der Ausschaffung nicht auf die Tat abstellen, sondern primär auf die persönlichen Umstände des Straftäters sowie auf das Strafmaß. Damit gäbe es unendlich viele Gründe, weshalb ein Täter nicht ausgeschafft werden muss, selbst wenn er schwere Verbrechen begangen hat. Dies widerspricht klar der vom Volk angenommenen Ausschaffungsinitiative und nimmt das Prinzip des vom Volk und allen Ständen abgelehnten, untauglichen Gegenentwurfs auf. Über 84% der kriminellen Ausländer müssten damit nicht ausgeschafft werden!

## SVP-Vorschläge in die Vernehmlassung schicken

Die SVP fordert den Bundesrat auf,

nun rasch eine Umsetzungsgesetzgebung vorzulegen und in die Vernehmlassung zu schicken. Dabei gilt es die Vorschläge der SVP, die eine korrekte Umsetzung der Ausschaffungsinitiative ermöglichen, fair und ohne verzerrende Kommentare zu berücksichtigen. Denn das Volk hat im Wissen um allfällige Konflikte mit dem nicht zwingenden internationalen Recht JA zur Ausschaffungsinitiative gesagt und damit auch klar gemacht, dass dieses Argument weniger zu gewichten ist als das Argument der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürgern.

## Kriminelle Ausländer müssen ausgeschafft werden!



NATIONALRAT  
ADRIAN AMSTUTZ  
FRAKTIONSPRÄSIDENT  
SIGRISWIL BE

Die Durchsetzungsinitiative baut inhaltlich auf die von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative auf und hat zum Ziel, den Volkswillen gemäss seinem geäußerten Willen durchzusetzen. Volk und Stände haben am 28. November 2010 der Ausschaffungsinitiative zugestimmt und den Gegenvorschlag ebenso klar abgelehnt. Der Volksauftrag ist klar und es gilt nun, die Ausschaffungsinitiative umzusetzen und von den Inhalten des Gegenvorschlags wegzukommen, ob das den damaligen Abstimmungsverlierern passt oder nicht.

Die Arbeitsgruppe der Ausschaffungsinitiative hat in ihrem Bericht vom 21. Juni 2011 vier Varianten unterbreitet:

Variante 1: Vorschlag der Vertreter des Initiativkomitees. Dieser entspricht dem Volkswillen.

Variante 2: Vorschlag der Mehrheit der Arbeitsgruppe. Dieser widerspricht dem Volkswillen. Er lehnt sich klar erkennbar an den von Volk und Ständen abgelehnten direkten Gegenvorschlag an. Er spricht zwar von zwingender Landesverweisung, relativiert dieses Prinzip jedoch im gleichen Artikel wieder und gibt dem Gericht einen grossen Ermessensspielraum. Genau dieses richterliche Ermessen hat das Volk nach einem heftig geführten Abstimmungskampf, wo diese Frage eingehend diskutiert wurde, klar abgelehnt. Das Volk machte klar, dass es in dieser Frage Rechtssicherheit verlangt. Mör-

der, Vergewaltiger, Drogenhändler und Einbrecher will das Volk ohne Wenn und Aber ausweisen. Zudem haben Volk und Stände klar bestimmt, dass bei solch schweren Delikten die Ausweisung nicht von Mindeststrafen abhängig sein soll. Auch in diesem Punkt widerspricht die Variante 2 der Ausschaffungsinitiative.

Variante 3 und 4 basieren auf den gleichen Kriterien wie die Variante 2 und sind abzulehnen.

Klarer als am 28. November 2010 kann sich das Volk nicht äussern. Es hat differenziert, welchen Weg es will und einen anderen ausdrücklich ausgeschlossen.

## Durchsetzungsinitiative konkretisiert Volkswillen

In formeller Hinsicht betreten wir hier Neuland. Wir müssen einer von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative mit einer neuen Volksinitiative zum Durchbruch verhelfen. Aber wenn es nicht anders geht, wird die SVP auch diesen Aufwand nicht scheuen, um dem Volkswillen Nachachtung zu verschaffen. Spezielle Situationen erfordern spezielle Lösungen. Damit ist zu erklären, weshalb der neue Text in die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung aufzunehmen ist, direkt anwendbar sein wird und vom Gesetzgeber in dieser Form in das geltende Recht zu überführen ist.

Die Durchsetzungsinitiative basiert auf der Ausschaffungsinitiative und gliedert sich in folgende zwei Bereiche:

a) Bei bestimmten Delikten erfolgt zwingend eine Landesverweisung.

Der Täter erhält hier – wie von der angenommenen Ausschaffungsinitia-

tive gefordert – keine zweite Chance, sondern es wird direkt die «rote Karte» gezeigt, d.h. er hat das Land nach Verbüßung seiner Strafe automatisch zu verlassen. Betroffen von dieser Regelung sind u. a. Mörder, Vergewaltiger, Drogenhändler, Betrüger, Räuber.

b) Bei anderen Delikten erfolgt die Landesverweisung unter der Voraussetzung, dass der Ausländer bereits vorbestraft ist.

So erhält ein Ausländer, der aufgrund welchen Deliktes auch immer, zu einer Freiheits- oder Geldstrafe verurteilt wird, quasi die «gelbe Karte» gezeigt. Er weiss nun, dass er aus der Schweiz ausgewiesen wird, sofern er erneut straffällig wird, wenn er eine im Deliktskatalog (Ziff. 2) aufgelisteten Tat begeht und rechtskräftig verurteilt wird.

Die Durchsetzungsinitiative ist die korrekte Umsetzung des Volkswillens. Sie nimmt die Entscheide von Volk und Ständen vom 28. November 2010 auf und setzt diese durch. Wie von Volk und Ständen gefordert, schafft der Inhalt der Durchsetzungsinitiative auch die dringend nötige Klarheit. Der Tarif ist klar, in allen Sprachen leicht verständlich und daher auch präventiv wirksam. Mindeststrafen, die Rechtsunsicherheit schaffen und zur Umgehung der Ausschaffung missbraucht werden können, sind nicht zu beachten. Diese Klarheit wird präventiv wirken. Auf «milde» Richter kann der Kriminelle jedenfalls nicht mehr zählen. Der Ausschaffungs-Automatismus ist vom Volk gewollt, jetzt rasch umzusetzen und konsequent zu vollziehen.

## Urnenentscheide durchsetzen



CHRISTOPH BLOCHER  
NATIONALRAT SVP  
HERRLIBERG

In der Schweizer Bevölkerung ist ein weitverbreitetes Missbehagen festzustellen: «Wir Stimmbürger können zwar abstimmen – anschliessend passiert jedoch nichts oder das Gegenteil.» So tönt es landauf, landab. Das Missbehagen ist begründet. Neuestes Beispiel: Die Annahme der Ausschaffungsinitiative durch Volk und Stände.

Am 28.11.2010 ist nach einem heftigen und tiefgreifenden Abstimmungskampf die Ausschaffungsinitiative deutlich von Volk und Ständen angenommen worden. Der vom Bundesrat und Parlament gegenübergestellte Gegenvorschlag wurde wuchtig abgelehnt. Kein einziger Kanton hatte diesem Gegenvorschlag zugestimmt.

Die angenommene Ausschaffungsinitiative sieht vor, dass ausländische Straftäter – vor allem für Delikte gegen Leib und Leben und Einbruchdiebstähle – unabhängig vom Strafmaß ausgeschafft werden müssen. Der abgelehnte Gegenvorschlag sah demgegenüber vor, dass dies nur bei einer Mindeststrafe von 6 Monaten erfolgen soll.

## Missachtung des Volkswillens

Angesichts der enormen und steigenden Ausländerkriminalität ist es be-

denklich, dass alles getan wird, damit der Volksentscheid nicht durchgesetzt wird. 17 Monate sind seit Annahme der Initiative vergangen. Lediglich eine Expertenkommission wurde eingesetzt, die – wie schon durch deren Zusammensetzung vorauszusehen war – ein Gesetz gemäss dem abgelehnten Gegenvorschlag vorschlägt. Sonst ist nichts passiert. Fazit: An der heutigen Praxis wird sich kaum etwas ändern. Zudem: Man lässt sich Zeit – viel Zeit. Man schubladisiert. Die Missstände in der Ausländerkriminalität bleiben. Der Volkswille wird missachtet!

Diese Einschränkung der Demokratie ist auch andernorts im Vormarsch. Sei es durch Einschränkung des Initiativrechts, die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit und die Vormachtstellung, die man dem ausländischen Recht gegenüber dem Inlandrecht zuweist.

Die SVP ist darum entschlossen, eine neue Volksinitiative – die sog. Durchsetzungsinitiative – zu lancieren, die dann direkt anwendbar ist und unmittelbar nach Annahme der Initiative gilt. Der Text liegt jetzt – durch die Bundeskanzlei geprüft – vor. Wird diese Initiative angenommen, haben Bundesrat und Parlament keine Möglichkeit mehr, diese zu missachten.

Die Durchsetzungsinitiative ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Volksrechte und zur Achtung von Volksentscheiden.

Alle Referate der Medienkonferenz und den Initiativtext zur eidg. Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)» sind unter [www.svp.ch](http://www.svp.ch) zu finden.

## ENERGIEPOLITIK DES BUNDESRATES

## Denn sie wissen nicht, was sie tun ...

Die SVP hat die Stossrichtung der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 zur Kenntnis genommen. Wenig überraschend kommt der Bundesrat dabei zum Schluss, dass die sogenannte «Energiewende» ohne den Bau von neuen Grosskraftwerken nicht zu bewerkstelligen ist. Auf diesen Punkt hat die SVP seit Jahren hingewiesen. Weder die erneuerbaren Energieträger Wind und Sonne noch der Ausbau der Wasserkraft oder eine verstärkte Energieeffizienz werden es schaffen, den 40-Prozent-Anteil der Kernenergie in nächster Zeit zu ersetzen. Der von den Mitte-links-Parteien gross angekündigte Ausstieg basiert bei genauerem Hinsehen auf einem konzeptlosen Wunschdenken. Die SVP fordert mit Nachdruck eine realistische Energiepolitik, welche eine Versorgung mit genügend, kostengünstiger, möglichst unabhängiger und sicherer Energie garantiert.

Fast ein Jahr nach dem vom Bundesrat beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie zeigt sich, dass das vollmundige Versprechen einer «Energiewende» bis 2050 nicht eingelöst werden kann. Denn ohne den Bau von mehreren Gaskraftwerken wird der Ausstieg nicht zu schaffen sein. Die vom Bundesamt für Energie (BFE) im Vorfeld der Ausstiegsdebatte kommunizierten Zahlen bei den alternativen Energien wie auch beim Ausbau der Wasserkraft waren viel zu optimistisch und müssen nun massiv nach unten korrigiert werden. Kein Wunder sollen nun Gaskraftwerke in die Bresche springen, mit ihren allseits bekannten

Nachteilen: stärkere Auslandabhängigkeit von einigen wenigen Staaten sowie massiv höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen und Preise im Vergleich zum heutigen Strommix.

Die SVP hat in der Debatte zu einem allfälligen Ausstieg aus der Kernenergie stets auf diese Umstände hingewiesen. Die Problematik eines weitgehend planlos erfolgten Ausstiegs zeigt sich auch in den anderen Pfeilern der Energiestrategie: hohe Mehrkosten beim Strom (sogar ohne die zusätzlich nötigen Milliarden für den Netzausbau!), mehr Geld für die Förderung von erneuerbaren Energien, mehr Geld für Gebäudesanierungen, eine neue Sub-

ventionswirtschaft usw. Diese Massnahmen garantieren ausser mehr Abgaben, Gebühren und Bürokratie für die Bevölkerung und die Wirtschaft keine sichere Versorgung.

Die Schweiz braucht eine verlässliche Versorgung mit genügend, kostengünstiger und sicherer Energie. Diese Ausgangslage hat sich auch nach den Ereignissen von Fukushima nicht verändert. Ein Ausstieg aus der Kernenergie ist ohne einen klaren und glaubwürdigen Plan für den Ersatz der wegfallenden Kapazitäten (stillgelegte Kernkraftwerke und auslaufende Importverträge) nicht realisierbar. Ohne verlässliche Zahlen und insbesondere

Projekte mit genau definierten Realisierungsterminen ist ein Ausstieg blosser Augenwischerei und eine Irreführung der Bevölkerung.

Die SVP fordert den Bundesrat auf, bei seiner Energiestrategie über die Bü-

cher zu gehen und im Verlauf dieses Jahres ein Konzept vorzulegen, das eine sichere und planbare Energieversorgung ermöglicht. Auf das Prinzip Hoffnung können weder Bürger noch Wirtschaft bauen.

Besuchen Sie unsere neue Homepage

[www.frauen-svp-stadt-zuerich.ch](http://www.frauen-svp-stadt-zuerich.ch)

## Fadegrad

## Lust und Frust



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Zürich ist eine linke Stadt. Das hat Nachteile, aber nicht nur. Am Sechseläuten konnten sich die vereinigten Zünfter von einem solchen Nachteil überzeugen. SVP und FDP ergriffen das Referendum gegen die Erneuerung des Sechseläutenplatzes. Damit hemmen sie das stadträtliche Bauprogramm, was vermutlich keine Freude beim Geheimmten auslöst. Es regnete am Sechseläuten, wie schon einige Tage zuvor. Es war zu erwarten, dass der Sechseläutenplatz in schlechtem Zustand sein würde. Anders als in anderen Jahren hatte die Stadt diesmal keine Holzschnitzel ausgebracht. Auf der Wiese, die früher den Platz bedeckte, sanken die Holzschnitzel jeweils mit der Zeit ein. Diesmal war der Platz, der ja eigentlich eine Baustelle ist, verdichtet und gewalzt. Das wäre eine hervorragende Unterlage für Holzschnitzel gewesen. So aber standen die Leute im dreckigen Wasser. Die galoppierenden Pferde spritzten die vorne Stehenden voll. Die Kinder sahen aus, als ob sie an einem Motocross-Rennen im Regen zu nahe an der Piste gestanden hätten. Der Riding Master der königlichen Horse Guards, auch er ein Gast, wie der Lord Mayor von London, stapfte vorsichtig von Inselchen zu Inselchen, um seine blankgewienerten Reitstiefel nicht zu sehr zu beschmutzen. Man konnte sich vorstellen, dass er kein anderes Paar dabei hatte und sich überlegte, wie er es anstellen sollte am anderen Morgen im Hotel den Schlamm von seinen Pardestiefeln zu kriegen. Dass das kein Versehen sein konnte, muss jedem einleuchten, der die Verhältnisse kennt. Bundesrat Maurer gehört anscheinend nicht dazu. Im Interview gab er an, man müsse vermutlich schon etwas mit diesem Platz machen; will meinen: es ist keine schlechte Idee den Dreck mit Quarzgestein zu pflästern. Es ist zu hoffen, dass die Zünfter die Absicht erkannten. Tröstlich mag sein, dass sowohl Ruth Genner als auch Corinne Mauch als Ehrengäste ebenfalls durch den Schlamm stakten. Wer sich aber, von einer Aktion angeregt, kürzlich ein E-Bike gekauft hat, der entdeckt mit Erstaunen, was demjenigen geboten wird, der politisch korrekt unterwegs ist. Wussten Sie, dass es einen elektronischen Stadtplan auf der städtischen Homepage gibt? Wie bei jeder anderen webbasierten Wegfinder-Software geben Sie den gewünschten Anfangs- und Zielpunkt ihrer Reise ein und der Weg wird angezeigt. Aber hier wird nicht der Weg für das Auto, sondern die Verschiebungstrecke mit dem Fahrrad angezeigt. Es gibt eine direkte und eine attraktive Strecke zur Auswahl. Die Route kann heruntergeladen oder ausgedruckt werden. Der Computer folgt wirklich den Velowegen, super Sache, muss ich neidlos eingestehen. Tja, wer sich konform verhält, für den ist gesorgt. Wer allerdings dem linken Mainstream nicht in den Kram passt, muss halt schauen. Das nenne ich konsequente Umsetzung des Wählerwillens!

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Empörung über den Umgang mit den Empörten

Am 18. April 2012 fand die hundertdreundzwanzigste und gleichzeitig letzte Sitzung in diesem Amtsjahr 2011/2012 statt.



SVEN O. DOGWILER  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 1/2

Joe Manser, der letztmals den Gemeinderat präsidierte, gratulierte zunächst dem ZSC im Namen der Zürcher Bevölkerung zum grandiosen Sieg an der Finalissima und damit zum Schweizer-Meister-Titel.

SVP-Gemeinderätin Hedy Schlatter beklagte sich im Rahmen einer persönlichen Erklärung über den laschen Umgang des Präsidialdepartements mit den Anhängern der Occupy-Bewegung, welche sich seit Anfang März 2012 auf dem Gelände der Roten Fabrik niedergelassen haben. Die Stadt Zürich hat mit den Occupy-Anhängern einen Verbleib bis spätestens 14. April 2012 ausgehandelt, sofern die Nachtruhe strikte eingehalten wird und keine Sicherheitsprobleme bestehen. Tatsächlich gehen aber von dem Camp zur Tages- und Nachtzeit

erhebliche Immissionen aus. Es handelt sich bei diesem Camp eher um einen grossen Party-Zeltplatz, als um eine Ansammlung von Personen, welche sich für eine fassbare politische Bewegung einsetzen. Ein einheitliches Ziel, für welches die selbsternannten «Empörten» kämpfen wollen, existiert auch nach über einem halben Jahr seit Entstehung der Bewegung nicht. Eine Auseinandersetzung oder gar eine politische, kontroverse Diskussion ist so nicht möglich. Zwar ist der Kummer der Anhänger teilweise nachvollziehbar, doch reicht es für nachhaltige Veränderungen nicht, sich einfach zu empören, insbesondere wenn sich diese Empörung auf diffuse Parolen und Protestmärsche beschränkt. Wer etwas bewegen will, braucht neben einem klaren Ziel auch fundiertes Wissen und ein Programm, wie er das Ziel erreichen will. Die Bewegung erschöpft sich indes in einem pauschalen «Dagegensein». Für eine Bewegung braucht es im wörtlichen

Sinn immer ein Ziel oder zumindest eine Richtung. Eine solche ist mangels Führung nicht auszumachen. Occupy ist aus diesen Gründen keine politische Bewegung, sondern ein Event, bei dem jeder am nächtlichen Lagerfeuer nach Lust und Laune mittun kann. Politik funktioniert so nicht. Es vermag daher nicht zu überraschen, dass die Empörten bis auf ihre musikalischen Immissionen kaum mehr wahrnehmbar sind und dass das Medienecho nach dem anfänglichen Hype komplett abgeflacht ist.

## Bye bye Occupy

Das alles ist an sich nichts Neues. Neu ist hingegen, dass unter dem Camp bei der Roten Fabrik Anwohner leiden und die Nachtruhe von Unbeteiligten gestört wird. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass das Präsidialdepartement der Stadt Zürich an ihrer ursprünglichen Befristung bis zum 14. April 2012 nicht mehr festhalten will und den Anhän-

gern eine neue Räumungsfrist bis zum 25. April 2012 gewährt hat. Hält man sich die Duldungspraxis des Polizeivorstehers Leupi im Zusammenhang mit der Räumung des Lindenhofes vor Augen, so ist diese Fristverlängerung leider ebenfalls nichts Neues. Aufgrund der letztjährigen Erfahrungen muss befürchtet werden, dass das Areal bei der Roten Fabrik auch bis zum 25. April 2012 nicht freiwillig geräumt wird. Es bleibt abzuwarten, wie der Polizeivorsteher auf ein solches Szenario reagieren wird. Immerhin hat sich das Präsidialdepartement zur Aussage hinreissen lassen, dass eine lange Aufenthaltsdauer mit dem Betrieb der Roten Fabrik nicht vereinbar sei. Es bleibt zu hoffen, dass die Stadt Zürich ihren Fokus nicht nur auf den reibungslosen Betrieb der Roten Fabrik richtet, sondern auch auf die Ruhebedürfnisse der Anwohner von Zürich-Wollishofen und dass Letztere bald erleichtert sagen können: bye bye Occupy.

## KEINE FREMDEN VÖGTE IN SCHWEIZER BANKEN

## Deutschlands nach preussischem Machthunger anmutende Attacke auf den Wirtschaftsraum Zürich

Mit dem – allerdings vom Schweizer Bundesrat katastrophal verhandelten – Steuerabkommen Deutschland-Schweiz bedingt sich Deutschland das Recht aus, deutsche Vögte in Schweizer Banken entsenden zu können.



GEMEINDERAT  
ROGER LIEBI  
PARTEIPRÄSIDENT  
STADT ZÜRICH

Das ist ein unglaublicher Angriff auf die Souveränität eines Staates in Friedenszeiten. Nun folgt auch noch die schiere Verhandlungsentsagung Deutschlands im Rahmen des Flugverkehrsabkommens – auch jenes allerdings vom Schweizer Bundesrat vorschnell als gelungen bezeichnet.

## Zum Schaden der Stadt Zürich

Es ist hinlänglich bekannt, dass Finanzplatz und Flughafen für die Region Zürich, für den Kanton Zürich und in ganz besonderem Masse für die Stadt Zürich von immenser, wenn nicht existenzieller Bedeutung sind. Sie sind Garanten für Zehntausende von Arbeitsplätzen, für prosperierendes Gewerbe und für wirtschaftlichen Fortschritt.

Dass sich die Bundesrepublik Deutschland gerade diese beiden veritablen Kernbereiche der Schweizer Wirtschaftsmetropole herausgepickt hat, kann kein Zufall sein. Der Zeitpunkt scheint geschickt gewählt, in Anbetracht einer auch in aussenpoliti-

schen Fragen schwachen Schweizer Regierung.

Fast scheint es, als ob das Jubiläumsjahr Friedrichs des Grossen von unserem nördlichen Nachbarn als Vorbild zu einer durchdringenden Machtdemonstration gegenüber einem kleineren, finanziell und geografisch attraktiven Staat genutzt wird – zum Schaden der Stadt Zürich, zum Schaden Tausender Arbeitnehmer (sinnigerweise auch vieler Grenzgänger aus Deutschland) und zum Schaden der über viele Jahrzehnte hervorragenden gegenseitigen Beziehungen.

## Auftreten gegen Hegemonie-Gelüste

Vor diesem Hintergrund bringt die SVP der Stadt Zürich übrigens sogar grosses Verständnis für die Massenfucht Zehntausender von Deutschen in die Schweiz auf – ohne die Begleitscheinungen besonders in der Infrastruktur, am Arbeitsmarkt und bei den Mieten zu billigen.

Die SVP der Stadt Zürich fordert von den Exekutiven der Stadt Zürich, des Kantons Zürich und der Schweiz endlich ein entschiedeneres Auftreten gegen die Hegemonie-Gelüste der Bundesrepublik Deutschland – zum Schutz und im Interesse der Schweizer Bevölkerung.



## JAHRESAUSFLUG der SVP Küsnacht

|          |  |           |  |
|----------|--|-----------|--|
| Datum    | Samstag, 16. Juni 2012                           |           |  |
| Programm | Abfahrt Gemeindehaus Küsnacht mit Car            | 07.45 Uhr |  |
|          | Abfahrt Limberg                                  | 08.00 Uhr |  |
|          | Abfahrt Parkplatz Kaltenstein                    | 08.10 Uhr |  |
|          | Abfahrt Ermatingen mit Rheinschiff (Mittagessen) | 09.52 Uhr |  |



Von Schaffhausen nach Blumberg (Car)  
Sauschwänzlebahn Blumberg–Weizen

14.05–15.10 Uhr



Zvieri in Trasadingen: Winzerbrättli in Besenbeiz  
Rückkehr nach Küsnacht



zwischen 19 und 20 Uhr

|        |                         |                           |                          |                |
|--------|-------------------------|---------------------------|--------------------------|----------------|
| Preise | pro Person ohne Getränk | Ohne Halbtax<br>Fr. 125.– | Mit Halbtax<br>Fr. 110.– | GA<br>Fr. 95.– |
|--------|-------------------------|---------------------------|--------------------------|----------------|

Anmeldungen mit Talon und Einzahlungsschein bis Montag, 15. April 2012 an Peter Egli, Limberg 18, 8127 Forch oder per E-Mail: egli.limberg18@sunrise.ch.

## Anmeldetalon

|                         |                              |                  |
|-------------------------|------------------------------|------------------|
| Name:                   | Vorname:                     | Anzahl Personen: |
| Einsteigeort:           |                              |                  |
| Anzahl Personen mit GA: | Anzahl Personen mit Halbtax: |                  |

## Bürgeraktion «Gesunde Währung»

Die Nationalräte Luzi Stamm und Lukas Reimann sowie «Schweizerzeit»-Chefredaktor Ulrich Schlüer haben die Bürgeraktion «Gesunde Währung» gegründet.

Sie haben der Öffentlichkeit ein Manifest mit sechs Grundsatzforderungen zu den Schwerpunkten **gesunde Währung, Demokratie, Inflation, Widerstandsrecht, IWF-Austritt** sowie **Recht auf Eigentum** präsentiert.

Unterzeichnen auch Sie das Manifest auf der neuen Website der Bürgeraktion:

[www.gesunde-waehrung.ch](http://www.gesunde-waehrung.ch)



**Wöchentliche Fernsehsehung mit Christoph Blocher**



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsehung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf [www.teleblocher.ch](http://www.teleblocher.ch) übertragen.

**VORANKÜNDIGUNG**

**19. Zürcher Ratsherren-Schiessen**  
Montag, 16. Juli 2012, im Bezirk Pfäffikon.

**SVP-KANTONSRAVSFRAKTION**

**Kantonsrat / Fraktion**  
Montag, 23. April 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach / Embrach**  
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon / Birmensdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

**Bezirk Hinwil / Wetzikon**  
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

**Bezirk Horgen / Oberrieden**  
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

**Bezirk Meilen / Küsnacht**  
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

**Bezirk Meilen / Männedorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

**Bezirk Pfäffikon / Weisslingen**  
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggi's Bierhanä, Neschwil.

**Bezirk Uster / Uster**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

**Bezirk Winterthur / Seuzach**  
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch) aufgeschaltet.

**Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur**  
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

**Stadt Winterthur / Seen**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur / Wülflingen**  
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

**Stadt Zürich / Kreis 3**  
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

**Stadt Zürich / Kreis 4 und 5**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 6**  
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 10**  
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 11**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

**Stadt Zürich / Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Blume (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

**Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss**  
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**  
Montag, 4. Juni 2012, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

**Bezirk Bülach**  
Donnerstag, 26. April 2012, 19.00–19.45 Uhr, Restaurant Frohsinn, Kloten, kontradiktorische Veranstaltung zum Verkehrsabgabengesetz. SVP-Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen, stellt sich den Argumenten von GLP-Kantonsrat Jörg Mäder, Opfikon.

**Bezirk Dielsdorf / Boppelsen**  
Samstag, 5. Mai 2012, ab 18.30 Uhr, Mehrzweckraum Hinterdorf, Boppelsen, Lotto-Abend. Die SVP Boppelsen lädt die Bevölkerung von Boppelsen herzlich zu dem beliebten Lotto-Abend ein. Es wird wie immer, neben schönen Preisen, auch eine spezielle Kinderrunde und Verliererrunde geben. Für das leibliche Wohl wird ebenfalls gesorgt sein. Einem gemütlichen Abend steht nichts im Weg.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf**  
Sonntag, 22. April 2012, 10.30 Uhr, beim Parkplatz der Kaserne, vormals Restaurant «Grüner Igel», Treffpunkt Grenzgang. Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, unter der kundigen Führung von alt Gemeindepräsident Jakob Gut einen Teil der Gemeindegrenze kennen zu lernen. Beendet wird dieser erste Teil bei der Waldhütte Grossmatthau, wo Sie sich bei einem Getränk und einem kleinen Imbiss verpflegen können. Die Marschdauer beträgt ca. 2½ Stunden. Die Unermüdlchen begeben sich wieder zu Fuss zum Parkplatz, die anderen Gäste werden wieder zum Ausgangspunkt zurückgefahren. Eine Anmeldung ist nicht nötig. Telefon 1600 (Vereine) gibt jeweils über die Durchführung Auskunft. Verschiebungsdatum: Sonntag, 29. April 2012.

**Bezirk Meilen**  
Dienstag, 8. Mai 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Seestrasse 117, Uetikon am See, öffentliche Veranstaltung «Bürger fragen – Kantonsräte antworten» mit Claudio Zanetti, Theres Weber-Gachnang, Gregor Rutz und Hans-Peter Amrein. Moderation: Leo Roos. Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss offeriert.

**Bezirk Meilen / Küsnacht**  
Samstag, 16. Juni 2012, 7.45–20.00 Uhr, Jahresausflug der SVP Küsnacht; Programm: 7.45 Uhr, Abfahrt Gemeindehaus Küsnacht mit Car; 8.00 Uhr, Abfahrt Limberg; 8.10 Uhr, Abfahrt Parkplatz Kaltenstein; 9.52 Uhr, Abfahrt Ermatingen mit Rheinschiff (Mittagessen: Schweinsbraten mit Teigwaren und Gemüse); Anschliessend mit Car von Schaffhausen nach Blumberg; 14.05–15.10 Uhr, Fahrt mit Sauschwänzlebahn Blumberg–Weizen; Zvieri in Trasadingen, Winzerbrätli in Besenbeiz; zwischen 19 und 20 Uhr, Rückkehr nach Küsnacht;

Preise pro Person ohne Getränk: Fr. 125.– (ohne Halbtax), Fr. 110.– (mit Halbtax), Fr. 95.– (mit GA); Anmeldungen bis Montag, 15. April 2012, mit Talon und Einzahlungsschein an Peter Egli, Limberg 18, 8127 Forch oder per E-Mail an [egli.limberg18@sunrise.ch](mailto:egli.limberg18@sunrise.ch)

**Bezirk Pfäffikon, SVP und Grüne**  
Dienstag, 8. Mai 2012, 20.00 Uhr, Saal der Stiftung zur Palme, Hochstrasse 31, Pfäffikon ZH, Podiumsveranstaltung über die «Kulturlandinitiative» mit Bastien Girod, Nationalrat Grüne, pro, und Stefan Krebs, Kantonsrat SVP, kontra. Gesprächsleiter: Christian Brändli, Chefredaktor-Stv. «Zürcher Oberländer».

**Bezirk Winterthur / Oberi**  
Dienstag, 1. Mai 2012, ab 11.00 Uhr, Waldschulzimmer Lindberg, 1.-Mai-Grillplausch ([www.waldschulzimmer-lindberg.ch](http://www.waldschulzimmer-lindberg.ch)). Ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert. Gast: Nationalrat Lukas Reimann, SG. Programm: 11.00 Uhr: Apéro; 11.30 Uhr: Begrüssung Stefan Schär, Präsident SVP Oberwinterthur. Anschliessend Ansprache Lukas Reimann; 12.30 Uhr: Mittagessen. Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.–, Kinder (schulpfl.) Fr. 5.–. Die Getränke müssen separat bezahlt werden! Anmeldung bis spätestens Freitag, 27. April 2012 an Urs Obrist, Telefon 052 202 84 44, Natel 079 414 31 22 oder E-Mail: [urs.obrist@hispeed.ch](mailto:urs.obrist@hispeed.ch). Bitte angeben: Name Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Freitag, 27. April 2012, 20.00 Uhr, im D-Vino, Bahnhofstrasse, Parteihöck. Es hat noch ein paar Plätze frei. Bitte um rasche Anmeldung an Kerstin Keller, [keller@jsvp-zh.ch](mailto:keller@jsvp-zh.ch).

**Stadt Zürich / Kreis 7 und 8**  
Samstag, 19. Mai 2012, 10.00–12.00 Uhr, Witikon, Standaktion zu den Abstimmungen vom 17. Juni 2012. Weitere Standaktionen (jeweils am Samstag, von 10.00 bis 12.00 Uhr): 26. Mai 2012 Kreuzplatz; 2. Juni 2012 Höschgasse; 9. Juni 2012 Witikon.

**Stadt Zürich / Kreis 9**  
Samstag, 19. Mai 2012, 09.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Donnerstag, 24. Mai 2012, ab 19.30 Uhr, «Abstimmungshöck» zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012. Genaue Angaben folgen.

Samstag, 26. Mai 2012, 09.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Samstag, 2. Juni 2012, 09.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen Fellenbergstrasse, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Samstag, 9. Juni 2012, 09.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Donnerstag, 30. August 2012, ab 19.30 Uhr, «Abstimmungshöck» zu den Abstimmungsvorlagen vom 23. September 2012. Genaue Angaben folgen.

**SVP-FRAUEN**

**SVP-Frauen Bezirk Meilen**  
Mittwoch, 23. Mai 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Arcade, im Zentrum 14, Hombrechtikon, Podiumsgespräch zur Initiative «Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse». Pro: Clarita Kunz, Heilpädagogin, Elternlobby Zürich; Kontra: Kantonsrat Hans-Peter Amrein, SVP Küsnacht. Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss und Umtrunk offeriert.

**SVP-Frauen Stadt Zürich**  
Donnerstag, 3. Mai 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 14. August 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

**WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN**

Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schiffli, Diepoldsau/SG, Referat von Nationalrat Hans Fehr «Die SVP am Puls des Volkes» im Rahmen der Generalversammlung der SVP Diepoldsau.

Dienstag, 8. Mai 2012, 19.30 Uhr, Konferenzsaal, Solothurn, Pro-Referat zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» von Nationalrat Hans Fehr. Contra: Nationalrat Kurt Fluri, FDP/SG, im Rahmen der Delegiertenversammlung der FDP Kanton Solothurn. Anschliessend Diskussion und Parolenfassung.

Freitag, 11. Mai 2012, 18.00 Uhr, Hauptbahnhof Zürich, Restaurant «Au Premier, Les Trouvailles», Generalversammlung (18.00 bis zirka 18.45 Uhr). Anschliessend wird ein Apéro serviert. Ab 19.15 bis 20.30 Uhr: Referat mit Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz zum Thema «Die Aufgabe der SVP in der schweizerischen Politlandschaft». Organisation: Komitee selbstbewusste freie Schweiz ([www.selbstbewusstundfrei.ch](http://www.selbstbewusstundfrei.ch) / [info@selbstbewusstundfrei.ch](mailto:info@selbstbewusstundfrei.ch)).

Mittwoch, 23. Mai 2012, 19.00 Uhr, Restaurant Au, Höri, öffentliches Streitgespräch zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» mit Nationalrat Hans Fehr (pro) und Nationalrätin Kathy Riklin, CVP (contra). Anschliessend Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Bülach.

Mittwoch, 23. Mai 2012, 20.15 Uhr, Restaurant Au, Höri, Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Bülach, u.a. mit Kurzreferaten von Nationalrat Hans Fehr zu den eidg. Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni; anschliessend Parolenfassung, ebenso zu den kantonalen Vorlagen.

Dienstag, 5. Juni 2012, 20.15 Uhr, Restaurant Freihof, Hinwil, Streitgespräch zwischen Nationalrat Hans Fehr und Nationalrat Balthasar Glättli, Grüne/ZH, zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk». Moderation: Silvio Seiler, PR-Berater, Uster. Anschliessend Podium zum Verkehrsabgabengesetz mit den Kantonsräten Max Homberger und Hans-Heinrich Raths. Veranstalterin: SVP Bezirk Hinwil.

Donnerstag, 7. Juni 2012, 14.30 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich-Witikon, Referat von Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Stopp den Angriffen auf unsere Volksrechte und die Neutralität». Veranstalter: Verein für aktive Senioren.

Dienstag, 11. September 2012, 18.00 Uhr, Aula, Universität Zürich, Podiumsdiskussion zum Thema «10 Jahre Schweiz-UNO» mit alt Bundesrat Joseph Deiss, alt Bundesrätin Ruth Dreifuss, Nationalrat Hans Fehr und Nationalrat Luzi Stamm. Moderation: Christine Maier, SRF. Einführungsreferat von Bundesrat Didier Burkhalter.

**MOTORRAD-CLUB SVP**

**Ausfahrten**  
Sonntag, 22. April 2012, 08.45 Uhr, **1. Ausfahrt.** Treffpunkt: Restaurant Ratenpass (zwischen Ägeri und Biberbrugg). Abfahrt: 09.30 Uhr (bei guten Wetter). Der Anlass findet bei JEDEM Wetter statt.

**IMPRESSUM**

**Der Zürcher Bote**

ISSN 1660-6701  
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich  
Erscheint jeden Freitag

**Abonnementspreis** jährlich:  
Parteimitglieder Fr. 48.–  
Nichtmitglieder Fr. 58.–  
+2,5% Mehrwertsteuer

**Redaktion:** Seite 1–8  
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiant (gad.)  
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65  
[zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch)

**Inseraten-Annahme:**  
**print-ad kretz gmbh**, Fredi Kretz  
General-Wille-Strasse 147, Postfach, 8706 Feldmeilen  
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79  
[inserate@zuercher-bote.ch](mailto:inserate@zuercher-bote.ch)

**Inseratenschluss:**  
Dienstag 17.00 Uhr  
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–  
+ 8% Mehrwertsteuer

**Druck und Abonnementsdienst:**  
Stutz Druck AG  
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil  
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22  
[info@stutz-druck.ch](mailto:info@stutz-druck.ch)

Ist eine Ausfahrt nicht möglich, bleiben wir zu einem gemütlichen Frühstückshöck. Sollte das Wetter gut sein, werden wir eine schöne erste Tour dort starten.

Sonntag, 20. Mai 2012, **2. Ausfahrt:**  
Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 24. Juni 2012, **3. Ausfahrt:**  
Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. Juli 2012, **4. Ausfahrt:**  
Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 19. August 2012, **5. Ausfahrt:**  
Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 16. September 2012, **6. Ausfahrt:**  
Nähere Angaben folgen.

**Generalversammlung**  
Freitag, 27. April 2012, 12. ordentliche Generalversammlung. Nähere Angaben folgen.

**Höcks**  
Dienstag, 8. Mai 2012, 19.30 Uhr, **1. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 7. Juni 2012, 19.30 Uhr, **2. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Dienstag, 10. Juli 2012, 19.30 Uhr, **3. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 9. August 2012, 19.30 Uhr, **4. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Dienstag, 11. September 2012, 19.30 Uhr, **5. Höck.** Nähere Angaben folgen.

**Jahresschlusstreffen**  
Freitag, 12. Oktober 2012, Jahresschlusstreffen. Weitere Angaben folgen.

**Sommerreise**  
Freitag, 3. August bis Sonntag, 5. August 2012, Sommerreise. Nähere Angaben folgen.

Einladung zu einer spannenden Podiumsveranstaltung über die

## Kulturlandinitiative

mit **Bastien Girod** Nationalrat Grüne, Pro  
**Stefan Krebs** Kantonsrat SVP, Kontra  
Gesprächsleiter **Christian Brändli**  
Chefredaktor-Stv. «Zürcher Oberländer»

**Dienstag, 8. Mai, um 20.00 Uhr im Saal der Stiftung zur Palme, Hochstr. 31, Pfäffikon ZH**

Eine gemeinsame Veranstaltung der Grünen und der SVP des Bezirks Pfäffikon


